

Schreiben von Schwanitz an Modrow über die Auflösung der Kreisämter

Am 7. Dezember 1989 forderte der Zentrale Runde Tisch die Auflösung des Stasi-Nachfolgers Amt für Nationale Sicherheit (AfNS). Der bisherige Leiter des AfNS Wolfgang Schwanitz wurde am 14. Dezember beurlaubt und verfasste ein Abschiedsschreiben an den Regierungschef der DDR Hans Modrow.

Mit der Wahl einer neuen Regierung durch die Volkskammer der DDR am 17. November 1989 wurde das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) in das Amt für Nationale Sicherheit (AfNS) umgewandelt. Das Amt verstand nun nicht mehr direkt der SED-Führung, sondern dem Ministerpräsidenten. Dem AfNS unterstellt waren die Bezirks- und Kreisämter, ehemals Bezirksverwaltungen und Kreisdienststellen des MfS.

Nur wenige Tage nach dieser Zäsur, am 4. und 5. Dezember 1989, verschafften sich mutige Bürgerinnen und Bürger, angeführt von Mitgliedern der Bürgerbewegung, Zugang zu den Bezirks- und etlichen Kreisämtern in der gesamten DDR. Die Protagonisten forderten, die Aktenvernichtung zu unterbinden und die Archive der Stasi zu versiegeln. Sie wollten Einsicht in die Heizanlagen, in die Aschetonnen sowie in die Kofferräume der Pkws und Aktentaschen der Mitarbeiter der Geheimpolizei haben. Hintergrund waren Gerüchte über die Vernichtung von Unterlagen der Staatssicherheit, die sich bestätigten.

Am 7. Dezember 1989 forderte der Zentrale Runde Tisch die Auflösung des AfNS – auch mit den Stimmen der SED-Sprecher. Am 14. Dezember wurde das MfS durch den kleineren Verfassungsschutz (ca. 10.000 Mitarbeiter) und einen mit ca. 4.000 Mitarbeitern gegenüber der Hauptverwaltung A (HV A) fast unveränderten Nachrichtendienst ersetzt. In diese Dienste sollten keine ehemaligen Führungskader der Staatssicherheit übernommen werden.

Der bisherige Amtschef Wolfgang Schwanitz schrieb zur gleichen Zeit an seiner Rücktrittserklärung. In dem vorliegenden Abschiedsschreiben von Schwanitz als Leiter des Amtes für Nationale Sicherheit wird deutlich, dass ihn vor allem die Befürchtung plagte, die Akten der Staatssicherheit könnten öffentlich zugänglich werden. Dabei ist ihm zugleich klar, dass das in der aktuellen Situation nur mit politischer Unterstützung durch die Öffentlichkeit verhindert werden könnte.

Signatur: BArch, MfS, SdM, Nr. 2240, BL. 156-159-160

Metadaten

Diensteinheit: Amt für Nationale Sicherheit, Leiter Datum: 14.12.1989
Zustand: Manuell rekonstruiert Rechte: BStU

Schreiben von Schwanitz an Modrow über die Auflösung der Kreisämter

Ministerrat
der Deutschen Demokratischen Republik
Amt für Nationale Sicherheit
Leiter

Berlin, 14. Dez. 1989

BStU
000156

Vorsitzender des Ministerrates
der Deutschen Demokratischen Republik

Berlin

Werner Genosse Modrow!

Die Auflösung der Kreisämter für Nationale Sicherheit erfolgte und erfolgt diszipliniert und zügig. Dabei bewährt sich die Zusammenarbeit mit der Volkspolizei, der Staatsanwaltschaft und Vertretern von Bürgerinitiativen.

Die Auflösung der Bezirksamäter und des Amtes in Berlin gestaltet sich sehr kompliziert.

Die Mehrzahl der Bezirksamäter ist aufgrund ihrer Blockierung bzw. Besetzung nicht oder nur in äußerst geringem Maße arbeitsfähig.

Erschwert wird die weitere Auflösung besonders auch dadurch, daß in den Bezirksamätern - auch durch die Überführung aus den Kreisämtern - sowie in der Zentrale Schriftgut und andere Materialien aus den vergangenen 40 Jahren in nicht abschätzbarer Größenordnung (mehrere tausend Tonnen) gelagert sind. Deren Sichtung, Vernichtung, Archivierung bzw. Übergabe an den neu-zuschaffenden Nachrichtendienst bzw. Verfassungsschutz wird Monate in Anspruch nehmen, eine spezifische Technologie, einen hohen Kapazitäts- und Kräfteeinsatz erfordern. Hinzu kommt, daß größere Transporte aus Kapazitäts- und aus Sicherheitsgründen nicht erfolgen können.

Schreiben von Schwanitz an Modrow über die Auflösung der Kreisämter

BStU
000157

2

Bei dem Schriftgut und den anderen Materialien handelt es sich teilweise um Dokumente und Unterlagen mit höchster Geheimhaltung und außerordentlicher politischer Brisanz. Bei einer unbefugten Einsichtnahme und Offenlegung kann es zu großen Gefahren für die Gesellschaft, für unseren Staat und seine internationa- len Beziehungen und besonders auch zu gewaltsamen Auseinander- setzungen bis zu Mord und Terror führen. Die Tatsache, daß extre- mistische Kräfte - z. T. unter Vorgabe, im Auftrag von Bürgerini- tiativen zu handeln - ihre Aktivitäten gegen die Ämter in den letzten Tagen verstärkt haben und eine Stürmung von Ämtern nicht auszuschließen ist, erhöhen diese Gefahren um ein weiteres.

Ausgehend von dieser Lage schlage ich nach Beratung mit leiten- den Genossen des Amtes vor:

1. Vernichtung des gesamten Schriftgutes (Akten, manuelle Infor- mationsspeicher und andere schriftliche Unterlagen), aller elektronischen Datenträger und Mikrofilme (im folgenden Mate- rialien) zu Personen, Sachverhalten und Objekten, die für die künftige Arbeit des Nachrichtendienstes und des Verfas- sungsschutzes der DDR keine unmittelbare Bedeutung haben und die nicht Archivgut im Sinne der Verordnung über das staatli- che Archivwesen vom 11. März 1976 sind.

Das betrifft in erster Linie Materialien des ehemaligen MfS über

- inoffizielle Mitarbeiter und Auskunfts- bzw. Verbindungs- personen,
- Arbeitsergebnisse aus flächendeckenden Maßnahmen zur Über- prüfung und Kontrolle von Personen, einschließlich Anders- denkender,

sowie die Arbeitsmaterialien bereits ausgeschiedener und noch ausscheidender Angehöriger des Amtes.

Schreiben von Schwanitz an Modrow über die Auflösung der Kreisämter

BStU
000158

3

2. Erhaltung von Archivgut auf der Grundlage gültiger Rechtsvorschriften.

Diesbezüglich sollten vor allem einbezogen werden:

- jeweils ein Belegexemplar aller zentralen dienstlichen Bestimmungen und Weisungen seit Bestehen des MfS,
- Materialien von grundsätzlicher Bedeutung zur Einordnung der Tätigkeit des MfS/des Amtes in die Geschichte der DDR,
- vorhandene Archivunterlagen über die Zeit bis 1945,
- archivierte Unterlagen der Untersuchungsorgane des MfS/des Amtes, der Generalstaatsanwaltschaft und der Gerichte,
- Materialien über ehemalige Angehörige des MfS/des Amtes.

Die Auswahl und die Verwaltung dieses Archivgutes könnte unter Inanspruchnahme der durch das Zentrale Staatsarchiv angebotenen Unterstützung erfolgen.

3. Übergabe der für die Lösung der künftigen Aufgaben des Nachrichtendienstes und des Verfassungsschutzes der DDR benötigten Materialien.

In Abhängigkeit von der Entscheidung über den vorgenannten Vorschlag erfolgt die weitere Ausarbeitung des konkreten Vorgehens. Dabei ist die Einbeziehung der Militärstaatsanwaltschaft, des Zentralen Staatsarchivs und weiterer gesellschaftlicher Kräfte zur Gewährleistung der öffentlichen Kontrolle vorzusehen.

Ich bitte Sie, werter Genosse Modrow, die Mitglieder der Regierung über diesen Vorschlag zu informieren und dafür ihre Zustimmung zu erreichen.

Schreiben von Schwanitz an Modrow über die Auflösung der Kreisämter

BStU
000159

4

Anzustreben wäre auch, daß die Teilnehmer des Runden Tisches aus den oben genannten Gründen diesem Vorschlag folgen.
Unseres Erachtens ist erst im Konsens eine volle und störungsfreie Handlungsfähigkeit möglich.

Werter Genosse Modrow!

Die Freisetzung von tausenden Mitarbeitern und ihre Eingliederung in den zivilen Arbeitsprozeß gestaltet sich vielfach außerordentlich kompliziert. Zum Teil ist das mit großen bedrückenden persönlichen Problemen, mit Diskriminierungen bis zu Morddrohungen gegen einzelne Angehörige oder ihre Familienangehörigen verbunden.

Die Presseerklärung und der vorgesehene Beschuß zur sozialen Sicherstellung der ehemaligen Mitarbeiter wird dazu beitragen, ihr Vertrauen zur Regierung zu erhöhen.

Mit sozialistischem Gruß

Dr. Wolfgang Schwanitz

BStU
000160